



Auch die Suche nach dem »Endlager« für radioaktiven Müll bleibt ein großes Politikum. WIR müssen uns kümmern!

Warum wir wählen wollen

ALLE VIER JAHR IST BUNDESTAGSWAHL – WIR WÄHLEN DIE VOLKSVERTRETUNG. ABER HABEN WIR WIRKLICHE EINE WAHL? EIN ENTSCHEIDENES »JA« IST DIE ANTWORT UNSERES AUTORS, DER SICH ALS POLITIKWISSENSCHAFTLER KRITISCH MIT DER VERBREITETEN POLITIKVERDROSSENHEIT AUS-EINANDERSSETZT UND DIE VERSCHIEDENEN ANGEBOTE DES PARTEIENSPEKTRUMS AUF DEN PUNKT BRINGT. SEIN FAZIT: ES GEHT BEI DER WAHL UM DIE GRUNDLEGENDE PRÄGUNG UNSERES ZUKÜNFTIGEN GESELLSCHAFTSBILDES – WIR HABEN DIE WAHL!

Text: **Michael Opielka** | Foto: **Gabriela Bulisova**

Dieser Beitrag ist keine Wahlempfehlung. Das muss vorab gesagt werden. Wissenschaftler sollten das nicht tun. Sie sollen zur Wertreflexion beitragen, objektivieren, vernüchtern. Noch weniger ist dieser Beitrag eine Wahlenthaltungsempfehlung. Das muss laut gesagt werden. Gegen beispielsweise Harald Welzer, den pfiifigen Sozialpsychologen, der sich mit seinen Analysen der modernen Gedächtnisgeschichte einen Namen machte und im »Spiegel« (Heft 22, 2013) unter dem Titel »Das Ende des kleineren Übels« begründete, warum er nicht mehr wähle. Das halte ich für falsch und das möchte ich begründen. Ich schreibe bewusst: Ich. Ein Wort, das bei Welzer nicht vorkommt. Doch ohne Ich gibt es kein Wir, das in unsere Zeit passt.

Die Politikwissenschaft ist heute eine ausdifferenzierte Disziplin. An ihrem praktischen Ende macht sie sich zu unserem Thema nützlich. Die Bundeszentrale für politische Bildung stellt seit 2002 einen »Wahl-O-Mat« im Internet frei (www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat). Ein gutes Instrument. Wir tragen ein, was wir zu dem und jenem Politikfeld denken. Der Algorithmus, gefüttert mit den Wahlprogrammen, errechnet unsere Parteipräferenz. Manche werden sich wundern, die meisten landen dort, wo sie ohnehin wählen, wenn sie wissen, was sie tun. Ein Drittel der Wähler sei Wechselwähler, ein Drittel aller Wahlberechtigten ist, je nach Wahl, Nichtwähler. Wissen sie nicht, was sie tun? Oder zweifeln sie einfach daran, dass Wahlprogramme und politische Praxis etwas miteinander zu tun haben? Halten sie die Politiker für Lügner, Opportunisten oder zumindest für schwach und manipulierbar?

Harald Welzer meint, dass sich »quer durch die Parteien so vollständig austauschbare Positionen« finden, was schrecklich sei. Das bedeute nämlich: »Alles geht, wenn es auf nichts ankommt.« Ein Professor, öffentlichkeitswirksamer Autor (zuletzt: »Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand«, 2013), sieht keine Unterschiede zwischen den Parteien, die ihn berühren. Der Wahlakt sei zum »masochistischen Exerzium« verkommen. Und er wird poetisch: »Die zur Gewohnheit gewordene Entscheidung für das kleinere Übel ist die eigentliche Ermöglichung des größeren.« Wenn kluge Leute, und das ist er ohne Zweifel, so denken, dürfen wir uns nicht wundern, dass Menschen mit weniger Zeit zum Denken, jedenfalls bezahlter Zeit, ähnlich denken. Aber ist das richtig gedacht? Der Wahl-O-Mat zeigt uns nämlich schnell erhebliche Unterschiede zwischen den Parteiprogrammen. Noch einmal Welzer mit der wichtigsten Frage, bei ihm in einem Aussagesatz verkleidet: »An Fragen der zukunftsfähigen Gestaltung zeigen sich alle Parteien gleichermaßen uninteressiert.« Er hat das Ohr am Puls der Zeit und der sieht allerorten die Spannung von Wirtschaft und Politik, von Kapitalismus und Demokratie. Überall Kapitalkonzentration, systemrelevante Raффbanken, die Politik zum »willigen Vollstrecker der Entstaatlichung« mutiert. Überhaupt: »Keine Idee für die Bewahrung der Demokratie im 21. Jahrhundert findet sich im Angebot der Parteien«, heißt es resignativ und in dieser Betrachtung konsequent: »Nicht zu wählen ist daher ein Akt der Aufkündigung des Einverständnisses.« Lassen wir beiseite, ob dieser Akt überhaupt bemerkt wird. Es könnte sein, dass ein paar Prozent Nichtwähler genauso vom guten oder schlechten Wetter am Wahltag verursacht werden. Wichtiger ist die Frage, ob die ganze Gedankenfigur stimmt. Sind Parteien wirklich an der Zukunft desinteressiert? Haben sie wirklich keine Ideen für die Demokratie der Zukunft?

Politiker wollen Zukunft

Wer mit Politik und PolitikerInnen tatsächlich zu tun hat, auf allen Ebenen, den Kommunen, Ländern, Bund, Europa, vielleicht sogar auf der globalen Ebene der UN, den wundern solch larmoyante Gedanken. Die Politiker, die ich kenne, interessieren sich fast alle für die Zukunft. Doch sie sind auch überfordert, der Blick in die Komplexität von Interessenlagen, die Vielfalt der Akteure, von Stakeholdern für das und jenes, die Widersprüchlichkeit von Interessen in einzelnen Akteuren selbst – zum Beispiel billig und zugleich wertvoll einkaufen – macht Politik schon für die Gegenwart schwer. Wie sollen erst Interessen künftiger Generationen und vielleicht auch die künftigen Interessen der jetzigen Wähler wahrgenommen werden, wenn sie sich noch gar nicht artikulieren? Mein Blick auf die Politik ist auch der Blick des Ästheten. Jeder hat ihn. Wir können ihn leicht üben, am besten, indem wir konkrete Menschen anschauen. Besuchen wir hintereinander Veranstaltungen der Parteien zur Bundestagswahl, von links bis rechts. Journalisten können das bisweilen wunderbar beschreiben. Begnügen wir uns hier mit knappen Blicken in die Veranstaltungen der Parteien, die mit gewissen Chancen antreten und behalten die Frage im Kopf, wie die Zukunft dort aussieht.

Prof. Dr. Michael Opielka lehrt an der Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena und ist Wissenschaftlicher Direktor des IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung in Berlin.



Die Linke

Am linken Rand die Linke. Die Zukunft ist hier sozialistisch. Ganz klar ist nicht, wie das genau aussieht. Eine Galionsfigur, Sarah Wagenknecht, zitiert gerne Ludwig Erhard und die ihn prägende Freiburger Ökonomenschule der Ordnungspolitik. Soziale Marktwirtschaft setzt Staatsintervention voraus. Der Nestor jener Schule, Friedrich August von Hayek, galt seinen Freunden als »leidenschaftlicher Weltverbesserer«, war Nobelpreisträger und gilt vielen als Begründer des Neoliberalismus. Mehr als 10 Prozent Staatsquote sei Sozialismus, schimpfte er einst. Wenn das stimmt, ist heute die ganze Welt sozialistisch. Das sieht die Linke anders. Mehr als 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollten aber schon durch staatliche Kassen fließen, zumindest muss der Staat, gesteuert von den Parteien, am besten von der eigenen, das letzte Wort bei allen öffentlichen Angelegenheiten haben. So forderte die Arbeitsgemeinschaft Grundeinkommen der Linken, dass 80 Prozent der Erwerbseinkommen als Grundeinkommen ausbezahlt sind, nur der Rest soll sich nach Leistung, Glück und Status richten. So weit geht das Parteiprogramm nicht, es ist an dieser Stelle milchig.

Die Grünen

Rechts neben der Linken, doch links der Mitte freilich werden wir sehen, dass die Koordinaten schwimmen, die Grünen. Sie sind die Partei der Zukunft. »Wir sind nicht links, nicht rechts, sondern vorn«, hieß es zu ihrem Beginn in den 1980er Jahren. Das gilt im Grunde noch heute und hat mit ihrem Zentralthema zu tun, der Ökologie, der Gattungsfrage. Sie trifft alle Menschen, ist universal, global. Die Grünen sind die nachhaltigsten Vertreter der Nachhaltigkeit. Sie haben erkannt, dass eine ökologische Gesellschaft auch eine sozial gerechte, garantistische Gesellschaft sein muss, eine gleiche Gesellschaft, daher höhere Steuern und Bürgerversicherungsbeiträge für die, die mehr haben als der Durchschnitt. Wissenschaftlich betrachtet, kann man den Grünen nur beipflichten. Die Menschenrechte

Für ein neues Finanzwesen



WARUM ICH MIR WÜNSCHE, DASS DIE BÜRGER VON ALLEN PARTEIEN FORDERN, DIE URSACHEN FÜR UNSERE WIRTSCHAFTLICHEN PROBLEME ENDLICH OFFENZULEGEN UND ZU BEHEBEN.

Von **Margrit Kennedy**

Seit der ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) verabschiedet wurde, sind meines Erachtens die staatliche Souveränität, die Einhaltung geltenden Rechtes und die Demokratie in Europa und in Deutschland im höchsten Maße gefährdet. Am meisten hat mich empört, wie schnell

dieses weitreichende Gesetz an den Bürgern vorbei, ohne allzu große Probleme von allen Parteien – außer der Linken – und dann selbst vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe akzeptiert wurde. Im Text des Gipfelbeschlusses heißt es: »Sobald unter Einbeziehung der EZB ein wirksamer einheitlicher Aufsichtsmechanismus für Banken des Euro-Währungsgebiets eingerichtet worden ist, hätte der ESM nach einem ordentlichen Beschluss die Möglichkeit, Banken direkt zu rekapitalisieren.« Das heißt, dass diese selbst nicht für die Fehler der eigenen Investitionsentscheidung einstehen müssen. Dieses Vorgehen – ohne ein einziges Mal die Bürger zu befragen – rüttelt an den Grundfesten unserer Demokratie und wird die deutschen Steuerzahler Milliarden kosten.

Im März 2013 hat sich nun eine ernstzunehmende Partei gegen den Euro-Rettungswahn gegründet: »Die Alternative für Deutschland« (AfD). In ihr sind viele der wichtigen Gegner der Euro-Rettungspolitik vertreten, wie Joachim Starbatty, dessen neues Buch »Tatort Euro« eine einzige Anklage gegen die Dummheit und Dreistigkeit von Politikern und Ökonomen ist, die von der großen Mehrheit des Volkes bezahlt werden muss. Ich stimme der neuen Partei sowohl in ihrer Ablehnung der milliardenschweren Rettungsschirme als auch der europäischen Transferunion zu. Eine Verschlankung und Entbürokratisierung der Europäischen Union durch Rückverlagerung von Kompetenzen auf die nationale und regionale Ebene halte ich ebenfalls für sinnvoll.

Die Auflösung des Euro – wie sie die Alternative für Deutschland fordert – halte ich dagegen für nicht notwendig, denn es gibt bessere Lösungen: Wenn parallele nationale Währungen eingeführt und kleinere Währungsverbände gefördert würden, dann könnten wir den Euro als internationale Währung beibehalten und wir hätten gleichzeitig eine Alternative und mehr Vielfalt bei den Währungen. Außerdem brauchen wir ein Geld ohne Wachstumszwang und Simulationen, die zeigen, wie eine »Monetative« als vierte Gewalt im Staat uns helfen könnte, der Schulden-Spirale zu entkommen. Diese praktisch umsetzbaren Alternativen werden aber von den Banken abgelehnt, weil es ihr profitables Geschäftsmodell bedroht: das Monopol der Geldschöpfung. Ich hoffe also, dass die Bürger von der Politik und allen politischen Parteien Aufklärung darüber fordern, wie sie die heutige Geldordnung, welche nur den Vermögenden nützt, verändern und mehr Vielfalt bei den Geldsystemen einführen wollen, um Alternativen zu schaffen, die allen Menschen dienen.

Die Finanzkritikerin Margrit Kennedy war Visionärin in der ersten Ausgabe von *Wir und ist Autorin des Buches »Occupy Money – Damit wir zukünftig ALLE die Gewinner sind«*, Bielefeld 2011.

sind die Zivilreligion der Zukunft. Es ist kein Zufall, dass die Akademikerquote unter Grünwählern am höchsten ist. Und es ist auch kein Zufall, dass die Grünen zunehmend und meist erfolgreich auch mit der CDU koalieren.

Die Sozialdemokraten

Rechts neben den Grünen die SPD. Oder doch links davon, zumindest rhetorisch? Die SPD, im Bundestagswahljahr 2013 gerade 150 Jahre alt geworden, ist die Partei des gemäßigten Klassenkonfliktes, moderner gesprochen: des linken Korporatismus. Im Zentrum steht ungebrochen die Erwerbsarbeit, ihre Regulierung durch Gewerkschaften, Betriebsräte und Sozialgesetze. Hier ist die SPD nach wie vor stark, im Bundesvorstand des DGB muss ein CDU-Mitglied sitzen, mehr nicht. Die Zukunft ist hier nicht, wie bei der Linken, sozialistisch, sondern geschmeidig. Als das kleinere Übel galt die SPD lange für die, die die Welt schnell verändern wollten. Unterdessen gibt es auch Frauen auf wichtigen Posten. Die Ökologie ist für die SPD dann gut, wenn sie der Ökonomie nicht zu sehr schadet, aber das hat sie mit den anderen Parteien, außer den Grünen, gemein. Unterdessen scheint sich auch die SPD mit Referenden anzufreunden, nicht nur, wenn sie dem Gegner schaden. Sie schätzt den Staat, seine Regulierungsmöglichkeiten. Und sie findet, dass Nicht-Arbeit nur dann geht, wenn die Erwerbslosen rigoros auf ihre Arbeitsbereitschaft geprüft werden.

Die Liberalen

In der Mitte die FDP. Der Staat ist für sie ein Problem. Das ist ihr Alleinstellungsmerkmal. Deshalb fällt der Vizekanzler, ein junger Mann namens Philipp Rösler, dem BILD-Chef Kai Diekmann vor Kameras in die Arme, als ob er kein Repräsentant des Staates sei, sondern auf einer Party. Irritierend ist dennoch die Lust der FDP am Staatmachen. Wir kennen den alten Witz: Begegnen sich zwei FDPler. Guten Tag, Herr Minister, Guten Tag, Herr Staatssekretär. Die Postenpartei. Guido Westerwelle, einst im Big Brother Container und laut, schaut heute ernst und staatstragend. Die FDP will Freiheit vom Staat und sie will Freiheit von traditionellen Gemeinschaften, vor allem von Kirchen und Religionen. Freiheit liegt für sie im Markt. Zukunft auch. Das erweckt Zweifel.

Die Piraten

In der Mitte sind auch die Piraten. Auch sie wollen Freiheit. Früher gab es einmal die Jungdemokraten, die Jugendgruppe der FDP. Das Ganze unordentlicher und männlicher sind heute die Piraten. Ihr Markt ist das Internet. Statt Marktliberalismus wollen sie Internetliberalismus. Wissen und Pornos für alle. Das ist möglicherweise unfair. Denn die Piraten wollen auch ein Grundeinkommen, das ist klug, und sie wollen eine neue Form der Demokratie, die Liquid Democracy, eine Mischung von direkter und indirekter Demokratie. Noch klappt das selbst parteiintern nicht. Deshalb muss man abwarten, ob sich daraus ein Konzept für die Zukunft der Demokratie entwickelt. Ausgeschlossen ist es nicht.

Die Konservativen

Rechts von der Mitte die CDU. Tomasi di Lampedusa lässt in seinem Roman »Der Leopard« den Neffen Tancredi zu seinem Onkel, dem Fürsten von Salina, den Merksatz aller modernen Konservativen sagen: Alles muss sich ändern, damit alles bleibt, wie es ist. Ein Merkel-Satz, der Welzer wohl verwirrte, den man aber verstehen kann. Was soll bleiben? Die Hierarchie, das Gymnasium, das Militär, die Nation, der Trachtenanzug, die Hausfrau. Warum wollte Angela Merkel dann die Energiewende? Damit Deutschland oben bleibt, Exportwelt- oder zumindest Vizeweltmeister. Aber auch, weil sie weiß, dass die Schöpfung, die Gattung, dass Gott existiert. Das große Thema des Romans von Lampedusa ist die Vergeblichkeit der Suche nach Dauer und Glück, die Vorherrschaft der Zeit über alle Anstrengungen der Einzelnen, ihrem Leben einen bleibenden Sinn zu geben. Das ist das Thema der Konservativen: Der Mensch ist wie er ist und begrenzt. Daher ist auch Politik begrenzt. Zukunft geschieht, Politik kann den Menschen nicht ändern.

Am rechten Rand

Rechts von der CDU sind noch zwei Plätzchen frei. Einer wird neuerdings von der »Alternative für Deutschland« besetzt. Der Platz ist unklar. Vor allem soll Deutschland die D-Mark wiederhaben. Die Zukunft liegt also in der Vergangenheit. Noch weiter rechts die NPD. Deutschland den Deutschen. Das ist dumm und böse, weil die Deutschen, die die NPD liebt, hassende Deutsche sind.

Für ein innovatives Bildungssystem ///



Von **Margret Rasfeld**

Man wird den Eindruck nicht los, dass die Bundespolitik den Glauben an eine Veränderung des Schulsystems verloren hat. Strukturelle Änderungen scheinen der Politik zu lange zu dauern und wenig ertragreich zu sein. Doch ist dem so? Mit dem Ganztagschulprogramm, von der letzten rot-grünen Bundesregierung 2003 mit einem Gesamtumfang von vier Milliarden Euro ins Leben gerufen, beweist ausgerechnet ein Bundesprogramm das Gegenteil – obwohl Bildung doch angeblich »Ländersache« ist. Von 2003 bis 2009 wurde ein Fünftel der deutschen Schulen zu Ganztagschulen

ausgebaut. Und auch wenn eher in Beton als in Köpfe investiert wurde, konnte das Programm an vielen Stellen pädagogisch innovativ wirken. Durch das Programm hat die Bundesregierung dringend benötigte Mittel und wichtige pädagogische Impulse für das durch klamme Länderhaushalte hoffnungslos unterfinanzierte und leider meist wenig innovative Schulsystem bereitgestellt.

Beim Blick in die Wahlprogramme der Parteien fällt auf, dass diese im Bildungsbe- reich mutlos sind. Es wird das Bekannte verbessert statt einen Paradigmenwechsel zu wagen. Neben der Frage der Zuständigkeit liegt dies sicherlich daran, dass die Politik von oben herab oft wenig Verständnis dafür mitbringt, wie Kinder und Jugendliche lernen und dass die Parteien seit dem Hamburger Volksentscheid nochmals et- was vorsichtiger geworden sind. Dabei ist es jetzt an der Zeit, die alten Strukturen, Haltungen und Denkschemata zu überwinden: Bildung ist eben keine Ländersache, sondern geht uns alle etwas an: Bildung ist Sache der Gesellschaft, Sache der Un- ternehmen, Sache der Familien und Sache jedes Einzelnen. Und mehr noch als mit unserer Wahlentscheidung müssen wir das gegenüber der Politik auf Bundes- wie auf Landes- oder kommunaler Ebene deutlich machen: Wir gestalten in Bündnissen vor Ort unsere Schulen mit. Wir brechen auf zu einer Lernkultur der Potenzialentfaltung, Herzensbildung, Verantwortungsübernahme und Wertschätzung. Das ist unser An- spruch und unser Versprechen. Um diese Vision in die Breite zu tragen, brauchen wir eigene präzise Vorstellungen, wie gute Schulen gut gesteuert werden. Daher müssen wir von unten Forderungen gegenüber den verschiedenen politischen und verwalte- rischen Ebenen entwickeln. Vor Ort machen wir klar, was die rechtlichen und politi- schen Grundlagen der Transformation von Schulen sind.

Und was heißt das für die diesjährige Bundestagswahl? Wählen Sie eine Partei, die den Mut hat, eine neue Föderalismusreform anzugehen und das Kooperations- verbot endlich aufzuheben. Denn alle politischen Ebenen gemeinsam, in der Ver- antwortung sinnvoll austariert, von der kommunalen über die Landes- bis hin zur Bundesebene, tragen Verantwortung für das Lernen der jungen Generation. Zehn Jahre nach dem Ganztagschul-Investitionsprogramm ist es an der Zeit für ein neu- es, mindestens ebenso großes Investitionsprogramm für Inklusion. Inklusion ist Menschen-Recht. Menschenrechte stehen nicht zur Disposition. Inklusion ist eine Haltung, die Geist und Gemein-Sinn einer Gesellschaft prägt. Wählen Sie die Partei, die diesen mutigen Ruck durch klare Positionierung und Budgetpriorisierung ermög- licht.

Über die Schul-Visionärin Margret Rasfeld berichtete Wir in Ausgabe 7/2012.

Wir können wählen

Am Ende unseres Laufs von links nach rechts haben wir Unterschiede gesehen, die Welzer nicht sehen wollte. Sie machen im praktischen Leben einen Unterschied aus. Wir können uns für ein ökologisches Deutschland entscheiden, in dem Men- schenrechte für alle Bürgerinnen und Bürger gelten, überall, am Arbeitsplatz, in der Familie, in der Kommune, weltweit. Oder für ein Deutschland, in dem Dif- ferenzen von Geschlecht, Herkunft und Aussehen die Position der Person auch in die Zukunft festschreiben. Wir können also wählen.

Man mag kritisieren, dass die Parteien gegenüber der globalen Macht von Kon- zernen und Banken keine klaren Rezepte vorlegen. Soll der Nationalstaat gestärkt werden oder sollen internationale und transnationale Regeln die Macht jener Mächtigen begrenzen? Lassen sich die- se Regeln überhaupt durchsetzen, wenn nicht der Nationalstaat, der noch immer über Steuern, Sozialbeiträge und Militär entscheidet, also über die klassischen Gewaltmonopole verfügt, demokratisch gesteuert wird? Und bestimmen sich die geistigen Regeln, also die impliziten und expliziten Programme auch der Parteien, nicht über ein hoch komplexes Gefüge aus Wissenschaft, Kultur, Technologie und Bürgerwillen?

Sollen wir am Ende noch theoretisch wer- den? Ein wenig Theorie kann nicht schaden. Unser Blick, unserer ist es nun, weil wir gemeinsam durch die Lager flanierten, hat uns gezeigt, dass die Kultur, die poli- tische Kultur einen Unterschied macht. In der Soziologie sprechen wir von Wohl- fahrtsregime. Wir unterscheiden einen so- zialdemokratischen (oder sozialistischen), einen liberalen, einen konservativen und einen garantistischen (auf Menschenrech- ten basierenden) Typ wohlfahrtsstaatli- cher Regulierung. Sie haben viel gemein- sam, aber noch mehr Differenzen. Es lohnt sich, auf die Unterschiede zu achten. Nur bei Unterschieden können wir wählen. Dann ändert sich auch die Zukunft. Sie kommt anders auf uns zu. Deshalb sollten wir wählen gehen. //

Ökonomie der Verbundenheit

MIT EINEM AUTO VOLL MIT SACHEN, DIE SCHÖN, WERTVOLL UND FUNKTIONSTÜCHTIG SIND, ABER IN MEINEM LEBEN KAUM MEHR VERWENDUNG FINDEN, BRECHE ICH AUF. MEIN ZIEL IST DIE ZU- KUNFTSWERKSTATT SCHLOSS TEMPELHOF. DIE GEMEINSCHAFT BIETET ÜBER PFINGSTEN EIN SEMINAR »SCHENKÖKONOMIE« AN, EIN BEGRIFF, DER MIR IN DEN LETZTEN WOCHEN IMMER WIEDER BEGEGNET.

Was verbirgt sich hinter diesem scheinbar so ungewöhnlichen und doch so beflügelnden Konzept? Etwas ganz Norma- les! – das war schon in den ersten zwanzig Minuten von Vivian Dittmars Vortrag klar. Aber seine Natürlichkeit verliert das Schen- ken, wenn wir uns als getrennte Wesen er- fahren, angstvoll bedacht, uns gegen den Rest der Welt durch Geldreserven zu schüt- zen. Damit das Normale normal sein kann, will Schenken wahrgenommen werden, so Dittmar. So wie uns das Leben sichtbar beschenkt, so will auch das Übergeben von Geschenken Öffentlichkeit. Die aber kennen wir in der ersten Welt im Gegensatz zu indigenen Kulturen nicht. Wir schenken eher im Verborgenen, als ob es schlecht wäre, dem Beschenkten eine Äußerung abzuverlangen. Aber genau darum geht es beim Schenken: Beziehung zu bestäti- gen. Denn der tiefere Sinn des Schenkens ist, dass wir uns erneut geborgen fühlen können in einer bergenden Welt. Gemein- schaftsfühlung entsteht mit Schenken. Unser Wirtschaftssystem hat genau das Ge- genteil bewirkt: Weil wir alles kaufen können, gibt es fast keine Verbindungen mehr. Aber nach denen sind wir heute am hungrigsten. Was gelebte Beziehungen und Verbindung angehen, sind alle Dritte-Welt-Länder rei- cher als wir. Unsere Beziehungsarmut ist die offene Wunde. Und obgleich es ein enormes Aufgebot an Menschen gibt, die gerne ge- ben möchten, zeigen sich vergleichsweise wenige, die ihre Bedürftigkeit zum Geschenk machen möchten. Warum fällt es uns so schwer bedürftig zu sein? Die Antwort ist schlicht: weil wir das tiefe Bewusstsein von unserem uranfänglichen Wert, von unserem Selbstwert, von uns als Geschenk, verloren haben. Und weil wir unsere falsche Ängst- lichkeit mit Scham verbergen, scheint eine offene Beziehung ein Risiko.

Im Rahmen der verschiedenen Beiträge des Wochenendes illustriert die Arbeit von

Text: **Marietta Schürholz**

Raphael Fellmer die Kraft des Schenkens auf eindrückliche Weise. Der Berliner lebt mit seiner Familie seit dreieinhalb Jahren im »Geldstreik«. Er verweigert, mit Geld Umgang zu haben und tut damit im Grund nur, was viele spirituelle Vorbilder, denen wir wichtige Impulse verdanken, bereits entdeckten. Man denke an den heiligen Franziskus. Und genau wie er deckt Rapha- el Fellmer das offenbare Geheimnis auf: Für uns ist gesorgt, wir können nicht verhun- gern. Zusammen mit ca. 100 Helfern werden allabendlich »Lebensmittel gerettet«. Eine der großen Biomarktketten Berlins, die Bio Company, kooperiert. »Gerettetes« wird in öffentlichen Kühlschränken für alle angebo- ten oder aber im Netz zur Abholung ange- zeigt. Fellmer rechnet vor, wie viel Energie (auch sogenannte »graue« Energie) für die Herstellung von allen möglichen Gegen- ständen verwandt wird, was der ökologi- sche Fußabdruck ist ... und warum es ab- solut sinnvoll ist, aus dem Bestand zu leben. Seine große Initiation war eine Reise nach Mexiko, ohne Geld, allein getragen durch die Freundlichkeit von Menschen. Was er anderen in seiner Arbeit vermitteln möchte: Wir können uns fallen lassen, wir sind getra- gen. Und was dann für Ressourcen freige- setzt werden, das zeigt sich allerorten. Die Transformation der Ökonomie zu ei- ner Ökonomie der Verbundenheit ist eine der zentralen Visionen der Gemeinschaft Schloss Tempelhof. Offenzulegen, was jemand hat, was er bekommt und was er braucht, so zeigt hier die Erfahrung, stärkt das Vertrauen untereinander. Eine der- artige Transparenz bewirkt immer öfter Schenkimpulse. Hinzu kommt die klare Widmung, füreinander zu sorgen. Auf die- se Weise kann sich jeder allmählich wieder in ein Feld hinein entspannen, an das viele den Glauben schon fast verloren hatten. Ein spannendes Experiment in der Gemein- schaft lautet seit Anfang dieses Jahres z.B.



Joker. Es werden zwei Personen für ein Jahr »freigestellt«, sie bekommen ihr Bedarfs- einkommen und müssen nicht arbeiten. Ei- ner der beiden ersten Beschenkten (dem im Übrigen bereits seine Genossenschaftsein- lage geschenkt wurde) bemerkt: Ich habe noch nie so viel wie in diesem »geschenk- ten« Jahr gearbeitet. Das Empfangen ist also auch eine Herausforderung. Und wie geht Schenken? Dorothee Holt- mann macht es vor: Die Hand mit dem Handteller nach oben öffnen, so dass ihr Inhalt nicht zu Boden fällt, sondern dem Himmel angeboten wird. Wir dürfen also üben ... zu empfangen wie zu schenken. Meine eigene Übung: Während der Veran- staltung betrat eine Frau den Raum, die ein Kleid trug, das mir bekannt erschien. Und plötzlich dämmerte mir, dass jene Taschen, die ich mitgebracht hatte, aber nochmals auf eigene Bedürfnisse hin inspizieren wollte, bereits im »Gewandhaus«, einer Tauschkleiderbörse der Gemeinschaft, ge- landet waren. Und so war es: So manches noch nicht wirklich losgelassenes Lieb- lingsstück war am Pfingstmontag bereits in neue Schränke gewandert. Für einen Au- genblick Panik und dann ein tiefes Durch- atmen. Manchmal hilft das Schicksal nicht nur den Mutigen, sondern auch den zögern- den Gemütern. //

WEB //
www.viviandittmar.net
www.forwardtherevolution.net
www.schenkökonomie.de
www.schloss-tempelhof.de
 //